

Empfänger eines Uebergangsgeldes (§ 32 RVO.) monatlich 320 M.; Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe monatlich 320 M.; Empfänger eines Hausgeldes (§ 13 RVO.) während der vollen Kalendermonate der Heilbehandlung, auch wenn eine geringere Minderung der Erwerbsfähigkeit als 50 Proz. festgestellt ist, monatlich 320 M.; wenn Hausgeldempfänger für Kinder zu sorgen haben, für jedes Kind 100 M. Diese Zuschüsse fallen nach dem Entwurf fort, wenn mit dem Einkommen die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung um mehr als zur Hälfte überschritten werden.

Der 19. Ausschuss hat sich am 4. April mit dem vorläufig übermittelten Gesetzentwurf sehr eingehend beschäftigt und nach längerer lebhafter Aussprache festgestellt, daß der Entwurf nach den bereits dargelegten Umständen vor Ostern leider nicht mehr vom Reichstag verabschiedet werden kann. Diese Tatsache darf also keinesfalls Veranlassung sein, solche Schlussfolgerungen zu ziehen. Gewiß, die Kriegssopfer können der Meinung sein, daß der Reichstag unter allen Umständen noch vor Ostern das Gesetz hätte beschließen sollen, aber andererseits werden die Kriegssopfer nicht verkennen, daß es gewiß nicht in ihrem Interesse gelegen hätte, wenn der Reichstag das Gesetz durchgeprüft und in der letzten Stunde vor der Vertagung verabschiedet hätte. Um aber den besonders Hilfsbedürftigen die ungeheure Teuerung erträglich zu gestalten, hat der Ausschuss eine Entschliessung angenommen, die die Regierung ermächtigt, auf dem Verwaltungsweg sofort die bisherigen Teuerungszuschüsse wesentlich zu erhöhen und dem Reichstag bis spätestens den 15. Mai 1922 einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, der dann vom Ausschuss alsbald beraten werden soll. Im Ausschuss ist mit Nachdruck gefordert worden, daß die Teuerungszuschüsse nicht erst bei einer 50prozentigen Minderung der Erwerbsfähigkeit einzusetzen sollen; auch sei die in Aussicht genommene Regelung für die Hinterbliebenen nicht befriedigend. Die Organisation der Kriegssopfer, die in den letzten Tagen mit dem Reichsarbeitsministerium verhandelt habe, verlange eine Teuerungszulage für alle Rentenempfänger und außerdem die Beibehaltung der besonderen Teuerungszuschüsse für besonders Bedürftige, wie das durch die Neuregelung des Dezembererlasses geschieht.

Inzwischen hat die Regierung Zeit, auch über die finanzielle Auswirkung der vorliegenden Wünsche eine Aufstellung zu machen — der Regierungsentwurf würde 5 Milliarden Mark erfordern —, damit der Reichstag bei seinen Beratungen auch darüber volle Klarheit hat.

Ludendorff hat geschwiegen!

Am 13. Dezember 1921, während in Leipzig der Jagow-Prozess verhandelt wurde, erschien an leitender Stelle des „Vorwärts“ ein Artikel mit der Überschrift „Hochverräter Ludendorff“. In dem Artikel waren die wichtigsten Beweismomente zusammengefaßt, die der Leipziger Prozess für eine aktive Beteiligung Ludendorffs am Kapp-Unternehmen erbracht hatte, der Artikel begann und schloß mit den Worten:

Der Generalquartiermeister a. D. Erich Ludendorff ist des vollendeten Hochverrats überführt.

Mit Absicht war diese Formulierung so scharf und eindeutig gefaßt, daß sie zweifellos beleidigenden Charakter trug, falls die darin enthaltene Behauptung un wahr war, dagegen keinen beleidigenden Charakter, falls sie die Wahrheit aussprach. Damit sollte Herr General Ludendorff vor die Wahl gestellt werden, entweder die Anschuldigung des Hochverrats auf sich sitzen zu lassen, oder uns in einem öffentlichen Gerichtsverfahren Gelegenheit zu geben, seine Rolle während der Kapp-Tage bis ins letzte zu beleuchten.

Vor diese Wahl gestellt, hat Herr Ludendorff es vorgezogen, die Anklage des Hochverrats auf sich sitzen zu lassen. Die zur Stellung eines Strafantrages erforder-

liche Frist ist vor mehreren Wochen abgelaufen. Herr Ludendorff hat keinen Strafantrag gestellt, er hat nicht geklagt. Er hat, mit anderen Worten, nicht den Mut gehabt, die Frage seiner Beteiligung am Kapp-Unternehmen zum Gegenstand einer Gerichtsverhandlung zu machen.

Wir stellen hiermit öffentlich fest, daß General Ludendorff den Vorwurf des Hochverrats stillschweigend eingestekt hat.

„Ich bin ein Preuße...“

Wir haben bekanntlich Ueberfluß an Schwarzrotgoldenen Flaggen. In jedem Festtage der Republik wogt über den Dächern und aus den Fenstern ein einziges schwarzrotgoldenes Flaggenmeer. Da ist es durchaus verständlich, wenn sich nun die preussischen Behörden zusammen tun, um eine Vermehrung der republikanischen Reichsflaggen mit dem ihnen eigenen Weisbild zu verhindern.

Das Staatsministerium ist verhältnismäßig unschuldig daran, es hat am 16. Dezember vorigen Jahres einen durchaus einwandfreien Beschluß gefaßt, der folgendermaßen lautet:

„Besetzt wird mit schwarzweißen Fahnen. Die alten preussischen Wappenflaggen sollen vom 1. Februar 1922 ab nicht mehr verwendet werden. Sofern ein zweiter Flaggenmast vorhanden ist oder sonst die Möglichkeit besteht, an gleichwertiger Stelle eine zweite Flagge aufzuziehen, so ist neben der schwarzweißen Fahne die schwarzrotgoldene Reichsflagge zu hissen.“

Die „Möglichkeit“ dürfte bei fast allen behördlichen Gebäuden vorhanden sein, und so war zu hoffen, daß überall das verhasste Schwarz-Rot-Gold neben der „alten Preußenfahne“ seine Stätte finden würde. Aber das Staatsministerium denkt und die „nachgeordneten“ Behörden denken. Aus Sparsamkeitsrücksichten sollen die neuen Flaggen einheitlich beschafft werden, aus denselben „Sparsamkeitsrücksichten“ ist der „Bedarf“ möglichst niedrig zu bemessen, und aus denselben „Sparsamkeitsrücksichten“ wird einsteifen (und in alle Ewigkeit) nur der Bedarf an preussischen Flaggen gedeckt. „Fehlansätze“ ist nicht erforderlich.“ Da die preussischen Behörden sich die schwarzrotgoldenen „zweiten“ Flaggen weder aus den Rippen schneiden können noch die Beamten sie aus ihrer eigenen Tasche bezahlen werden, so ist damit der Beschluß des Staatsministeriums de facto sabotiert. Die preussischen Amtsgebäude flaggen nach der Melodie: „Ich bin ein Preuße, will ein Preuße sein!“ Die Reichsflagge ist ihnen heilig, wenn sich das Staatsministerium nicht etwa entschließen sollte, seine nachgeordneten Behörden nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß Sparsamkeit am falschen Plage vom Uebel ist.

„Zu Gegendiensten gern bereit“.

Ein vorenthaltener Brief in der Hermes-Affäre.

Zur Angelegenheit Hermes veröffentlicht die SA. ein Schreiben, das nach ihrer Behauptung bei den Akten des Reichsministeriums für Ernährung sich befindet, aber trotzdem dem Untersuchungsausschuss des Reichstages vorenthalten worden ist. Das Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Wingeroverband für Mosel, Saar und Rumer.

Trier, den 23. Mai 1921.

Herrn Geheimen Ministerialrat Joffe, Berlin, Hochwohlgeboren!

Angeschlossen überreiche ich, der mündlichen Absprache gemäß, ein Gesuch an den Herrn Minister um Zuteilung von Weizsäcker mit der Bitte, gütlich dahin wirken zu wollen, daß der Preis nicht allzu hoch berechnet wird, damit der Verband in der Lage ist, etwas an dem Jucker zu gewinnen. Wir brauchen für die Errichtung der wissenschaftlichen biologischen Station voraussichtlich viel Geld, und die Quellen, die uns zur Verfügung stehen, fließen sehr spärlich. Ein Verdienst an dem Weizsäcker käme uns also überaus zustatten.

Zu Gegendiensten herzlich gerne bereit, zeichnet hochachtungsvoll und ergebenst

Weiter meldet die SA., daß den Redakteuren der „Freiheit“ die angekündigte Verleumdungsklage des Herrn Hermes bis heute noch nicht zugegangen ist.

Smeets und Tirard.

In einer Entschliessung, die am 12. März von den Delegierten der „Rheinischen Republikanischen Volkspartei“ (Smeets!) des Bezirks Koblenz gefaßt und der franko-belgischen — pardon interalliierten Rheinlandkommission unterbreitet wurde, forderten die Verfasser Behinderung und strengste Kontrolle der preussischen Behörden und Gerichte, Ausweisung aller Beamten, die nicht geborene Rheinländer sind, Nichtverhaftung Smeets, Schutz seiner Partei und Versicherung der Kommission ihrer Treue.

Ein zeitgemäßes Pressegesetz.

Wien, 7. April. (M.B.) Der Nationalrat nahm das neue Pressegesetz an, das u. a. auf folgenden leitenden Gedanken beruht: Schutz der Jugend gegen die Gefahren der Schmutz- und Schundliteratur, weitgehende Beschränkung der politischen Beschlagnahme, Unzulässigkeit des objektiven Verfahrens in Fällen, wo die subjektive Verfolgung möglich ist, Befreiung des Redaktionspersonals von der Verpflichtung zur Zeugnisabgabe über die Urheberchaft von Zeitungsnotizen. Der Berichterstatter Abg. Kusterlich (Soz.) hob u. a. die Bestimmung hervor, wonach auch der Eigentümer der Zeitung in jeder Nummer vermerkt werden müsse. Mit dieser Bestimmung soll jedem klar sein, wer wirklich hinter einer Zeitung steht, damit die Zeitungen, die in der Hörigkeit des Kapitals stehen, nicht mehr intognito auftreten können.

Ein staatliches Weingut für Mönche?

Der Landtag hat gestern einige U.S.B.-Anträge auf Streichung von Geldern für Berderennen in namentlicher Abstimmung mit nur 10 und 4 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Das veranlaßte das Zentrum, weitere Abstimmungen verlegen zu lassen. Nach Annahme der Aenderung des Dittenaesches (Entschädigung um 1500 M. erhöht, Abzüge für Fehltage 150 M.) berichtete Minister Wendorf, daß bei Neuverpachtungen der Domänen wesentliche Erhöhungen der Pachtpreise erzielt wurden. Zum Teil wird die Pacht auch in Naturalien entrichtet. Das Verlangen des Zentrums, Teile des Klosters Eberbach an einen Orden abzugeben, lehnt der Minister ab, weil der Staat dieses wichtige Weingut behalten müsse. Er sei in dieser Auffassung besonders bestärkt worden, nach dem ihm Herr Herold verratet habe, daß sie zunächst einen Teil des Klosters wünschten, aber darüber hinaus den Wunsch hätten, das ganze Kloster für ihren Orden zu bekommen. Nachdem noch Nüringen (U.S.B.), Allison (R.P.D.) und Wessiermann (Dem.) einige Stunden lang zum Domänenetat gesprochen hatten, ging das Haus kurz nach 4 Uhr in die Osterferien.

Die preussische Betätigung der Geistlichen. Im Landtag ist an die preussische Regierung folgende Anfrage der Unabhängigen gerichtet worden: Der Superintendent Raad zu Berlin-Schöneberg hat dem in seiner Superintendentur tätigen Pfarrer Bieler zu Charlottenburg unterzogen, Vorträge außerhalb seiner Gemeinde zu halten. Ein anderer Pfarrer derselben Gemeinde dagegen ist zu Vortragsreisen beurlaubt. Dieser Pfarrer ist Abgeordneter und gehört der Deutschen Volkspartei an; Pfarrer Bieler ist Sozialist und tritt öffentlich für den Weltfrieden und die Verbesserung der Völker ein. In einem Schreiben vom 29. März 1922 gewinnt es der Superintendent Raad über sich, dem Pfarrer Bieler über dessen Vortrags-tätigkeit so zu befehlen: „Ich habe je länger je mehr den Weltfrieden und die Völkerverständigung, wie Sie sie aussprechen und öffentlich vertreten, für schlechthin unvereinbar mit dem wahren Christentum und mit der auch von der christlichen Ethik geforderten männlichen Würde und Selbstbehauptung halten müssen.“ Was gebietet das Staatsministerium gegen den Herrn Superintendenten Raad zu tun?

Er geht nach Amerika. Kwaloff, Verwardt, der bekannte Abenteuerer aus dem Baltikum, der am 31. März mit Erlaubnis der preussischen Regierung nach Berlin zurückgekehrt war und fälschlicherweise in Verbindung gebracht wurde mit dem polnischen Morde an Miljulow, hat am Donnerstagabend Berlin wieder verlassen und sich nach Hamburg begeben, von wo er bekanntlich nach Amerika auszuwandern beabsichtigt. Ob ihm diese Absicht gelingt, steht allerdings noch dahin. — In Deutschland darf Bieler monarchistische Abenteuerer und Verschwörer auf keinen Fall länger geduldet werden.

Bei den Verlorenen.

Von Alwin Rath.

Mein Schirm?
Erschrocken bleibe ich stehen und starre in meine leere Hand, auf die die dicken Regentropfen mit der stöhlich losbrausenden Heftigkeit des Berliner Frühlingseifers niederknallen. Wo ist mein Schirm? — Wo hätte ich ihn doch noch? Zuseht wie ich am Leipziger Platz auf dem Telegraphenamt. Zwanzig Menschen drängen sich in dem engen Rhythmus, und jeder hat nach meiner Annahme meinen Schirm in der Hand. Aber kaum einer hat einen — die übrigen starren in das Regengeprassel nach draußen, haben hier Zuluft gesucht.
Kurz entschlossen klappe ich den Rockträger über die Ohren hinaus, und voll Grimm über meine unfähige Vergesslichkeit, die mich fast täglich Handschuhe, Spazierstöcke und solche überflüssigen Kinderleihen kostet, benehe ich doch nicht entlassen kann — nur durch Verlieren ohne Ende — so ganz still in mich hinein ergrimmte, lasse ich mich von dem Regen durchweichen und trotze gemächlich durch Lokale, Cafés, Zigarrenläden, Acushäuser, Buchläden, Conzertien: Mein Schirm bleibt verschwunden. Überall eifriges Suchen, eifriges Sucherzuden — er bleibt verschwunden.
Wenn er nicht ein so schönes Andenken an die ebenfalls verregnete Hochzeitsreise wäre, könnte man ihn ja fahren lassen — aber so?

Es ist schon Abend geworden über das Beträubnis, ich bin schlapp, wie es sonst nur so ein verregener, zugespaltener Schirm ist. Jeder im Café hat jetzt einen solchen Schlappier in der Hand — ich sehe jeden durchbohrend an — und so naß bin ich wie jeder dieser Schlappiers. Der Kellner schiebt neben mir auf das Sofa —, ich schleife auch hin, und sehe ein kleines Nimmal sich hinten ins Pöster ergeben. Nun ja...

Es ist schon Abend — das Fundbureau wird geschlossen sein — also ausbarren bis zum nächsten Tag.

Am nächsten Tag — ist ein Sonntag.

Am nächsten Tag gehe ich dem Verlorenen nach wie der Herr in der Bibel dem verlorenen Schaf. Ob ich ihn überhaupt noch wiederfinde? Ob ich nicht das Schaf bin, das ich noch suche?
Ergeben wandern meine Füße von Fundbureau zu Fundbureau. Es gibt sehr viele, sehr weit voneinander stehende Fundbureaus in Berlin. Endlich werde ich von allen Seiten zu den Stadtbahnböden am Schließischen Bahnhof gelangt. — Aber hier fürchte ich, fast mich selbst zu verlieren! Welches Chaos von ungeklärtesten Gegenständen! Welche Vergeßlichkeit! Berlin — welche Vergeßlichkeit!

Die ersten Gedanken sind das, die mich überfallen, die ich nicht mehr verlieren beim Anblick, der sechs und mehr bis obenhin vollgepressten mächtigen Böden, die wie ein Altirödel an gros anmuten.

Ich vergeße ganz meine Vergeßlichkeit über die der anderen, komme nur über die Großartigkeit dieses Unternehmens, das ausschließlich von Lieferanten wider Willen keine Ware besteht. Ich sehe kopfschüttelnd vor Dingen, die ich gar nicht mehr vergessen kann, Dinge, die man freilich täglich im Munde führt — und anderen viel bestatetere Sachen. Aber die liegen nicht so offen zu Tage. Der Beamte, der Interesse gewahrt, läßt heimlich einen Blick hinein in die Nachkabinette der Vergeßlichkeit.

Daß Schirme in diesen, fetten Bündeln zu Hausen da sind, ist erklärlich. Meiner? — Ja, ja... so viele, so viele — aber meiner? Daß Stöcke, Hüte, Bälle, Bücher, Bilder, Reizbilder, Mäntel usw. usw. zahllos wie die vergeßlichen Köpfe da sind, ist erklärlich — weniger aber, daß Pokannen, Tuben, Drehorgeln und sonas hier schon monatelang vergebens auf die Musikanten warten. Kinderwagen vereinsamt vor Langeweile in den Ecken herumgähnen, Krüden hier vergeblich auf ein awertes Wunder harren — wie wären sie sonst hergelommen? — Und vollends rätselhaft ist es: daß ein künstliches Bein hierher seinen Weg finden kann, um von den Mühlstein des Menschen dienstes auszurufen.

Mit um so tieferem Verständnis läßt man seinen Blick über die nicht zu zählenden Eheringe schweifen, die sich aus verschiedensten Schicksalen heraus zusammengelunden haben. Wie Loden und Tränen funktelt es über den runden Dingelchen weg. Nicht weit davon fühlt man noch einmal so recht, daß man hier im Hause des Vergessens weilt. Uhren über Uhren sind da zusammengeschuft, einfache Sackuhren, kostbarste, goldschimmernde dann, dünn wie eine Oblate. Alle haben das Lidern vergessen, jede vergeßt es zu einer anderen Zeit. Nach den verschiedensten Richtungen hin stehen die kleinen blauen, silbernen und goldenen Zeigerjünglein. Nach den verschiedensten Richtungen möchte mich der freundliche Beamte noch mit seinem Rat schicken — aber ich verzichte, nachdem ich Beispiele einer viel größeren Resignation vor mir gesehen habe, und wünsche ihm nun aufrichtig eine gute Reise...

„Der Coangelmann“. Das Deutsche Opernhaus brachte eine alte, im rechten Sinne volkstümliche Oper, Wilhelm Kienzeis „Coangelmann“, in anständiger, sauberer Manier heraus. Die Musik hat in ihren Vorzügen all ihre Fehler verdeckt, die beide gleichzeitig offenbar werden: melodische Süße, gleichmäßige Instrumentation, Charakteristik ohne Erregung, leitmotivische Fertigkeit, die zuerst packt, im Verbednen der Akte aber unpersönlich wird. Wir sind 25 Jahre vom Werk entfernt, das im ersten Bild nach italienischer Oper spielt, im zweiten und dritten äußerst stark vom mittleren Wagner beeinflusst ist. Stimmung, düstere wie tänzerische. Ist drin, alles ein bißchen sehr zerfließend und lang, aber der Abschlus hat dramatische Kraft. Das Ganze eine Nummern-Oper, eine dramatische Lähmende mit viel Tränen und viel Sentimentalitäten. Pabbsdorf versagte leider gerade bei der berühmtesten Nummer, dem Song des Coangelmannes „Selig sind, die Verfolgung leiden“, sonst müßte er Leben und Leben so natürlich wie möglich zu geben. Sehr eindrucksvoll im Spiel Hofbauer als bürgerlicher Scarpio, etwas unsicher Meta Seinemeyer, ruhig und gefest die Wilmar-Hansen, sehr spitzig Schöpflin. Die Nebenrollen waren gut besetzt. Jander führte das Orchester mit viel Freude am Klang und Gesang des Wertes. R. S.

„Die Soziologie der modernen Kunst“ war das Thema eines Vortrages, den Dr. Paul Mahberg in der Via a Junga Republik hielt. Nicht nur das geschaffene Kunstwerk selbst, sondern auch das Kunstschaffen als solches sei soziologisch zu betrachten, d. h. den Gesetzen der Gesellschaftsordnung unterworfen. Andererseits ist — nach Dr. Mahbergs Ausführungen — die Kunst auch selbst gesellschaftsbildend, indem in ihr der Formendrang und die

Sehnsucht einer ganzen Zeit- und Weltanschauungsperiode zum Ausdruck kommt. So sieht der Vortragende die Kunstschöpfungskämpfe, die seit 1910 um den Impressionismus einsetzten, als einleitende Vorboden eines neuen Zeitalters an. Unter ungeheurer Spannung der Geister vollzogen sich jene Kämpfe der Kunstanschauung; sie entsprangen einem Sichandersfühlen zu sich selbst und den Dingen der Umwelt. Der Expressionismus, die Form der modernen Kunst, die aus diesen Kämpfen sich losrang, ist entweder musikalisch orientiert, ein Sichausströmen in zueinander abgestimmten Formensinnen, wie das zunächst die expressionistischen Werte der deutschen Künstler zeigten; oder der Expressionismus bezieht sich im Kubismus, in dem die Dinge unter einer neuen Perspektive im eigentlichen wie im übertragenen Sinne dieses Wortes erscheinen. In beiden Erscheinungsformen aber sind die Gegenstände von Grund auf solidarisch, d. h. sie gehen im tiefsten Innern immer wieder zusammen. Der Übergang des Bürgertums, den wir heute erleben, leitet eine neue Epoche der Weltanschauung ein. In der Kunst aber machten sich die Vorwehen des gewaltigen gesellschaftlichen und sozialen Umschwunges bereits seit mehr als zehn Jahren bemerkbar.

Nelsons ewige Pension. Im englischen Unterhaus kam man kürzlich im Lauf der Verhandlungen wieder einmal auf die oft erörterte Frage der „ewigen Pensionen“ zu sprechen. Gelegenheit dazu bot der Staatsposten für Lord Nelsons Pension, die schon aus dem Grunde keine Alltätigkeit ist, weil die lebenslängliche Rente von 5000 Pfund Sterling im Jahr nicht Nelson selbst zugute kam, sondern auf seinen Bruder und dessen Erben überging. Die Familie hat im Lauf der Jahre aus dieser Staatspension eine Einnahme von mehr als einer halben Million Pfund Sterling bezogen. Trotzdem diese ewigen Pensionen von den englischen Staatsmännern stets bekämpft worden sind, wurden sie bis zum Ende des 19. Jahrhunderts anstandslos ausbezahlt. Erst im Jahre 1887 ging man daran, sie durch einen festen Betrag abzulösen, und auf diesem Wege wurden auch bereits 350 Pensionen für die Summe von 527 933 Pfund Sterling kapitalisiert. Aber die Nelson-Pension besteht weiter und ist heute die älteste der ewigen Pensionen. Im Jahre 1821 wurde, wie hier bemerkt sein mag, der Herzog von St. Albans, dessen Familie seit den Tagen Jacobs II. eine Staatspension erhielt, mit 18 335 Pfund Sterling abgefunden.

Kerzliche Sprechstunden in der Kirche. Szenen, wie sie bisher in einer Kirche kaum gesehen wurden, spielten sich kürzlich in der St. Andrews-Kathedrale in Aberdeen ab, wo der Gesundheitsminister S. M. Hiskson erschienen war, um von seiner Heilsmission öffentlich Probe abzulegen. Lange vor Eröffnung des Vortrags war die Kirche bis auf den letzten Platz gefüllt. Rund 350 Kranke hatten sich eingefunden in der Hoffnung, durch das Auflegen der Hände des Heilsapostels von ihren Leiden befreit zu werden. Bevor er zu der Pragerer schritt, verlas er die Zuschriften von Patienten, denen es ihre Gesundheitszustand nicht gestattet hatte, sich persönlich einzufinden. Darunter befand sich auch ein Kabelelegramm der Angehörigen des Dekans von Washington, dessen Frau an Influenza mit schweren Komplikationserscheinungen darniederlag. Nachdem er jede einzelne Zuschrift verlesen hatte, wobei er sich begnügte, den Bornamen des Abenders mitzuteilen, sprach Hiskson für jeden Kranken Bittsteller ein kurzes Gebet. Daran schloß sich unter Mitwirkung der Gemeinde eine Beschwörungszereimonie für die Tochter

Eine überflüssige Gesandtschaft.

Wenn wir auch nichts für die Herren Bolschewiki übrig haben, deren ganze „positive“ Leistung die Zerstückung der Arbeiterklasse und die weitere Stärkung der Reaktion durch die Teilen von Spartakus, Bela Kun und der Münchener und sonstigen Rätemitglieder war, so muß vernünftigerweise doch anerkannt werden, daß die Bolschewiki heute in Rußland und der Ukraine die einzige staatliche Macht sind, mit der Deutschland zur Förderung der beiderseitigen Interessen arbeiten kann. Diese Tatsache wird von dem amtlichen Deutschland neuerdings auch für die Ukraine anerkannt, in der ja gleichfalls alle Anstürme der französisch und polnisch protegierten Peisuratruppen usw. so endgültig zusammengebrochen sind, daß sogar Polen diese Aktion ausgegeben hat. Ein Zeichen dieser deutschen Anerkennung der ukrainischen Sowjetregierung ist die Entsendung des Legationsrats Heyne (der als Generalkonsul seinerzeit die Friedensverhandlungen in West-Bilowist unglückseligen Angebens mitgemacht hat) zur Wiederaufnahme der Beziehungen nach Charkoff.

In Berlin aber existiert noch immer eine Gesandtschaft der Peisuratruppen „Ukrainischen Volksrepublik“ mit dem „Ministerpräsidenten“ Smal-Stozki, und sie stellt noch immer Pässe aus, die freilich außer von Frankreich von keinem Lande anerkannt werden. Im übrigen soll sich der Herr Ministerresident damit beschäftigen, in Warschau und Berlin für ein bewaffnetes Eingreifen in die Ukraine zu arbeiten, womit er allerdings nur in Emigrantensreisen vom Schloß der Anstöß-Vermondt und der Rabotoffmörder Eindruck machen dürfte.

Wenn Deutschland nun die offiziellen Beziehungen zur Sowjet-ukraine aufnimmt, wäre es nur konsequent, für schleunigen Abzug der Smal-Stozkischen Gesandtschaft zu sorgen.

Nach einer Havasmeldung aus New York wurde Donnerstagabend der Weisgardistengeneral Semenow bei seiner Ankunft in Washington verhaftet wegen privater Untersuchungen in Oskibiria 1919. Semenow ist jedoch noch am gleichen Abend gegen eine Kaution von 25 000 Dollar freigelassen worden.

Um die Rote Armee.

Auf dem Kongreß der einzigen in Rußland erlaubten Partei, der Kommunisten, forderte ein Teil der Kongreßteilnehmer, in Übereinstimmung mit dem Standpunkte Lenins, eine Herabsetzung der Roten Armee zur Verminderung der Ausgaben. Demgegenüber bestand Trozki darauf, vorläufig eine Armeestärke von 1½ Millionen beizubehalten, stellte jedoch für später, falls das Frühjahr ohne Bedrohung für den Frieden verlaufe, eine Kürzung des Armeebestandes in Aussicht; ferner forderte Trozki eine Befreiung der Armee von den Pflichten des Frachten- und Eigentumschutzes, da dies die Disziplin schädige.

Die soeben vom rumänischen Senat beschlossene Annexion des strittigen Bessarabien ist keine Förderung des Friedens mit Sowjetrußland, das übrigens in einer Note angekündigt hat, gegen aus Rumänien kommende Banden vorgehen zu müssen, wobei das Betreten rumänischen Gebiets unumgänglich werden könne.

Der KPR-Parteitag hat laut „Prawda“ beschlossen, im nächsten Jahre keine neuen Mitglieder in die Partei aufzunehmen. Die „Arbeiteropposition“ wurde mit Ausnahme von Schipnikoff, Alexondra Kollontai und Medwedjew ausgeschlossen.

Das Zentralkomitee setzt sich folgendermaßen zusammen: Andrejew, Bucharin, Djerzinski, Brunse, Zaroslawski, Kassin, Kameneff, Karzickoff, Lenin, Molotow, Ordshanski, Petrowski, Kodel, Katschinski, Kudjutal, Koff, Sapronow, Smirnow, Sokolnikow, Stalin, Tomski, Trozki, Tschubar, Selenst.

Bei der Wiener Monarchistendemonstration wurde auch der ehemalige Erzherzog Rainer Salvoator verhaftet und wegen polizeiwidrigen Benehmens zu einer Geldstrafe von 1000 Kronen verurteilt. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ bemerkt dazu, daß er nur deshalb nicht ausgewiesen wurde, weil er den Befehlen der Republik Gehorsam gelobt hatte.

einer Frau, die nach den Mitteilungen der Mutter an einer geistigen Erkrankung litt, die darauf schließen lasse, daß sie vom Teufel besessen sei. Im Mittelschiff der Kirche saßen eine Anzahl Männer und Frauen, die durch ihre Bewegungsunfähigkeit gehindert waren, sich dem Heilsapostel zu nähern. Hieson schritt deshalb vom Altar in das Schiff hinab und legte jedem einzelnen der Sitzenden die Hand aufs Haupt. Auf die Aufforderung an die dazu Fähigen, näher an den Altar heranzutreten, dauerte es keine fünf Minuten, bis der Altar von einem Haufen knieender Patienten umgeben war. Eine Anzahl Damen und Herren der Gesellschaft wählten als Helfer und Ordner ihres Amtes, und zwei Studenten der Medizin und die Obermeister des überdauern Krankenhauses nahmen sich der großen Zahl der Patienten an, die ohne Unterstützung nicht zu gehen vermochten. Hieson legte jedem einzelnen die Hand auf, und nachdem er sich aus den ihm übergebenen Fetten über die Natur der Krankheit unterrichtet hatte, sprach er ein Gebet um Heilung. In dem Akt der Handauflegung beteiligten sich auch zwei Geistliche der Kirche der Stadt, deren Gebete in die Worte auslangten: „Möge Gott das Werk der Heilung, das er heute für Deine Seele und Deinen Leib begonnen hat, segnen und zu glücklichem Ende führen!“ Die Versammlung umfaßte alle Stände und Berufsstände. Neben einem Arzt der Stadt sah man Handwerker, Blinde, Taubstumme, Kinder und auf dem Arm getragene Säuglinge. Die feierliche Heilungsverammlung währte noch drei Tage lang fortgesetzt werden.

Bombensichere Kriegsschiffe. Eine für die künftige Seekriegführung wichtige Mitteilung machte dieser Tage der Staatssekretär Amery von der englischen Admiralität. Er teilte mit, daß die neuen im Bau befindlichen englischen Kriegsschiffe durchgehend mit einem Schutzsystem ausgestattet werden, das sie mit absoluter Sicherheit gegen Luftangriffe und gegen Torpedopositionen bis zu einer Tiefe von 20 Fuß unterhalb der Wasseroberfläche schützt. — Wenn die Sprengstoffindustrie nicht schleunigst ein Gegenmittel gegen dieses Schutzsystem von oben und unten findet, droht die Gefahr, daß die Seekriegführung jedes inlimeren Reizes entkleidet wird.

Die künftigen Museen veranlassen dem 20. bis 26. April an An- fang des künftigen Jahres für die Jahre und Bestimmungen höherer Lehranstalten folgende Vorlesungen zum Teil mit Nachbarn: 1. 20. April, 19/2, Uhr mittags, Prof. Dr. Schönbart: Der persönliche Stil in Schrift und Sprache (Vortragsammlung, Neues Museum, II Tr.). 2. 20. April, 7/8, Uhr abends, Direktor Schäfer: Das ägyptische Bildnis (Vortrag des Kunstgewerbemuseums, Prinz-Bibliothek, Str. 7a). 3. 21. April, 7/8, Uhr abends, Geheimrat Eduard Wegner: Die ägyptische Kunst (Vortrag des Kunstgewerbemuseums). 4. 22. April, 7/8, Uhr abends, Direktor Reisinger: Das Vortragsamt (Vortrag des Kunstgewerbemuseums). 5. 24. April, 7/8, Uhr abends, Geheimrat v. Blumhert: Das literarische Vortragsamt in der antiken Literatur (Vortrag des Kunstgewerbemuseums). 6. 25. April, 7/8, Uhr abends, Geheimrat v. Blumhert: Die Individualität der antiken Schriftsteller (Vortrag des Kunstgewerbemuseums). 7. 26. April, 7/8, Uhr abends, Rudolf Dr. Reuebauer: Das griechische und römische Bildnis (Vortrag des künftigen Instituts der Universität). — Es haben in bekanntem Umfang auch Personen Zutritt, die nicht am Studium teilnehmen, gegen Erlaubnis von Eintrittskarten zu je 3 M. (die ganze Reihe 18 M.). Eintrittskarten für die ganze Reihe sowie für Einzelvorträge sind vom 13. April ab beim Kassieren des Alten Museums am Lustgarten und für Einzelvorträge auch an dem betreffenden Vortragsort 1/2 Stunde vor Beginn des Vortrags zu haben.

Reichstag und Pressenot.

Der Reichstag ist gestern abend nach einer der langen, ermüdenden Sitzungen, die in der letzten Zeit zur Gewohnheit geworden sind, bis zum 2. Mai in die Ferien gegangen. Auch diese letzte Sitzung war mit langen Reden ausgefüllt, die meist nur wenige Zuhörer hatten. Eine Ausnahme bildete die Ansprache, die Genosse Lötze als Abgeordneter zur Begründung eines interfraktionellen Antrages über die Not der Zeitung auf wirtschaftlichem Gebiete hielt. Was er sagte, sollte ein Bedürfnis nur an die Regierung, sondern an das ganze deutsche Volk sein, dessen Pressefreiheit in größerer Gefahr ist, als viele ahnen. Aus der Antwort des Staatssekretärs Dr. Hirsch konnte man allerdings nicht viel Hoffnung auf die Möglichkeit wirksamer Maßnahmen gewinnen, die der erwähnte Antrag bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages als Gesetzesvorlage fordert. — Ohne Aussprache wurde eine Novelle zur Reichsversicherungsgesetzgebung angenommen, die die Eingliederung der Heimarbeiter in die Krankenversicherung bringt. Abgeordnete aller Parteien dankten der greisen deutschnationalen Abgeordneten Frau Behm, die sich seit Jahrzehnten für dieses Ziel eingesetzt hat, durch freundlichen Beifall.

Bei der fortgesetzten Beratung des Haushalts des Reichsministers des Innern gab es lebhafte Reden über und gegen die Schutzpolizei und die Technische Nothilfe. Der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, griff in die Debatte ein und führte je einen deutschnationalen und einen deutschsozialistischen Kritiker gründlich ab.

Von der Reichsregierung wurde die Vorlage einer Denkschrift über die gleitende Gehaltskala der Beamten gefordert. Petitionen wurden erledigt, und schließlich, eine peinliche Notwendigkeit, die Diäten der Abgeordneten entsprechend dem gestiegenen Geldwert erhöht. Dann ging das Haus in die Ferien.

Bei seiner Wiederkehr wird es die Reform seiner Geschäftsordnung als grundlegende Arbeit für alle weiteren zu erledigen haben. Die Abgeordneten verlassen den Reichstag diesmal mit dem allgemein drückenden Gefühl, ein Stück Niedergang des Parlamentarismus miterlebt zu haben. Die schwachwellige Vielrederei der Kommunisten hat nicht auf alle Parteien in dem Maße gewirkt, wie es der Fall sein müßte, als abschreckendes Beispiel gewirkt. Man sehnt sich nach kurzen Reden und Gegenreden, nach sachlicher Konzentration und parlamentarischer Selbstdisziplin. Auch der skandalöse Zeitstich mit den unzähligen kleinen Anfragen, deren jede dem Reich 710 M. kostet und zu deren Befragung die Antragsenden oft gar nicht zur Stelle sind, heißt energische Reform. Das demokratische Deutschland braucht eine Volkspartei, die sich die volle Achtung und Beachtung des eigenen Volkes sowie des Auslandes zu sichern versteht. Es handelt sich hier nicht um Geringes, geradezu um eine Lebensfrage der deutschen Demokratie.

Abg. Lötze (Soz.) führt, nachdem er die Gefahr des Ueberganges der Zeitungen an kapitalträchtige Interessentengruppen festgestellt hat, weiter aus: Es wird dann diejenige öffentliche Meinung fabriziert werden, die man zu haben wünscht. (Lebh. Zustimmung.) Auch fremdes, ausländisches Kapital dringt in wachsendem Maße in das Zeitungsgewerbe ein. Es entsteht die Gefahr, daß die deutschen Zeitungen zum Diener fremder ausländischer Interessen werden, weil die Verleger nicht in der Lage waren, ihren Betrieb weiter zu führen. Diese Entwicklung scheint mir schwere soziale, kulturelle und nationale Gefahren in sich zu bergen, vor denen der Deutsche Reichstag sein Auge nicht verschließen darf. (Lebh. Zustimmung.) Es muß sich eine Regierung und ein Parlament finden, die die Tragweite dieser Entwicklung übersehen und ihr Einhalt tun. Es ist u. a. vorgeschlagen worden eine Auslandszölle für deutsches Papier. Die Fabrikanten behaupten aber, der Anteil an der Zukunft sei gering und die Industrie sei dauernd darauf angewiesen. Dennoch muß die Frage untersucht werden. Es wurde weiter davon gesprochen, die

hohen Auslandsgewinne der Zellstoff- und Papierindustrie

für die deutschen Zeitungen nutzbar zu machen. Die Fabrikanten sagen, ein Gewinn sei nur bei dem jetzigen Dollarkurs vorhanden, werde dieser um 30 M. niedriger, dann könne von einem Gewinn nicht mehr geredet werden. Auch diese angezweifelte Behauptung muß untersucht werden. Es wurde auch vorgeschlagen, dem Uebel durch die öffentliche Bewirtschaftung zu begegnen. Wir kennen deren Mängel, aber in allen Parteien haben sich Männer dafür gefunden, und wir werden solche Maßnahmen zu prüfen haben. Auch an den kleinen Mitteln dürfen wir nicht vorübergehen, z. B. an der Befreiung des Papiers in eine andere Tarifklasse bei der Eisenbahn. Aber einen der wertvollsten Teile der Gesteinsschichten des Papiers bildet das Holz. Solange uns die großen Wälder in Rußland und Polen nicht erschlossen sind, muß für die Versorgung getrotzen werden, daß dieses wertvolle Rohprodukt für das Papier unter erträglichen Preisen der Fabrikation zugeführt wird. Nach der Ansicht Sachverständiger könnte dadurch der Preis des Papiers um 2 M. für das Kilo herabgesetzt werden.

Wir weisen die Reichsregierung und die Landesregierungen nochmals auf die Folgen hin, die ein Zusammenbruch unseres Zeitungsgewerbes haben muß. Wir erheben unsere Stimme, um sie zu warnen vor dem Untergang eines Stück Volkstums, das wir für eine spätere Zeit erhalten müssen. (Lebh. Beifall.)

Staatssekretär Dr. Hirsch: Die Reichsregierung ist der Meinung, daß eine vielgestaltige, überall weit verbreitete Tagespresse eine kulturelle Notwendigkeit ist. Den jetzigen Gefahren gilt es im Rahmen des Möglichen zu begegnen, insbesondere auch wegen der ganz besonders schwierigen Lage der deutschen Presse in den besetzten Gebieten, die große nationale Interessen zu wahren hat. Die Reichsregierung ist bereit, die Möglichkeit der verlangten gesetzlichen Maßnahmen zu prüfen und sie schnellstens zu fördern. Inzwischen ist sie bereit, die verwaltungsmäßig möglichen Maßnahmen, insbesondere auf dem Gebiete der Tarifpolitik und der Heranziehung von Auslandsgewinnen zur Verbilligung im Inlande schon vor Einbringung der im Antrage angeforderten Vorlage vorzunehmen. In erster Linie muß die wirtschaftliche Selbsthilfe stehen, und, wo diese nicht ausreicht, sind Reichsregierung und entsprechende Körperschaften im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten bereit, dahin zu wirken, daß die Presse auch künftighin in der Lage sein wird, ihre wichtigen Aufgaben in einer Weise zu fördern, welche die Eigenart ihrer bisherigen Entwicklung wahr und erhält.

Der Antrag Lötze wird darauf einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Zu Beginn der Sitzung holte der Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Simon-Schwaben (Soz.), Körner (Dnat. Sp.), Mehrhoff (U. Soz.) und Dietrich (Dem.) verlangt und verabschiedete dann die Gesetzeswürde über die Versorgung der in Folge des Londoner Ultimatus entlassenen Soldaten; über die Verbenkung von Geldbeträgen in der Unfallversicherung; über Venderungen der Reichsversicherungsgesetzgebung, wonach jetzt auch die Heimarbeiterinnen in die Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung einbezogen werden, und über Wochenlöhne und Wochenfürsorge.

Nach Annahme des Antrages Lötze wird der Etat des Ministeriums des Innern bei der Gruppe

Polizei und Technische Nothilfe

fortgesetzt.

Abg. Berendt (Dnat. Sp.) führt Verlesungsercheinungen in der Schutzpolizei zurück auf die Tätigkeit der Polizeiverbände. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei will dem Freistaat Sachsen die Zuschüsse für die Schutzpolizei so lange vorenthalten, bis das Kommissariatwesen dort beseitigt ist. Ein kommunistischer Antrag will für Bayern die Zuschüsse streichen, so lange, bis die Münchener Wörderzentralen aufgehört haben zu existieren.

Abg. Aufhäuser (U. Soz.): Trotz des Drills wächst bei der Schupo das Bewußtsein, zum Proletariat zu gehören. Die Technische Nothilfe ist völlig überflüssig. Die Streikenden haben die Notstandsarbeiten in letzter Zeit selbst besorgt, während die Technische Nothilfe noch immer verlagert und großen Schaden angerichtet hat.

Sächsischer Gefandter Dr. Gradnauer bezeichnet es als zutreffend, daß in Sachsen zwölf

Regierungskommissare der Schutzpolizei zugeteilt

worden sind. Die Auswahl der Lehrer für den staatsbürgerlichen Unterricht erfolge lediglich nach pädagogischen Gesichtspunkten, eine Prüfung ihrer Parteizugehörigkeit erfolge nicht.

Ein Antrag Schreiber (Jr.) will alle parteipolitischen Tendenzen in der Schutzpolizei ausschließen.

Preussischer Minister des Innern Severing:

Wenn Herr Berendt unter dem System Abegg, das er hier so getadelt hat, verstanden wissen will, daß die preussische Regierung bemüht ist, aus der Schutzpolizei eine Beamtengruppe zu machen, die bestrebt ist Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, so bin ich mit dieser Auslegung einverstanden. Wenn er aber meint, dieses System stände im Widerspruch zu den Staatsnotwendigkeiten, dann muß ich ihm sagen, daß er von der Tätigkeit und der Einrichtung der preussischen Schutzpolizei absolut nichts versteht. An der Fluktuation unserer Polizei, die ziemlich groß ist, trägt die

unverantwortliche Verbeugung

die Herren von der Deutschnationalen Volkspartei treiben, die unmittelbare Schuld. Wenn wir heute aus dem Vollen schöpfen könnten, dann würden die demagogischen Unterstellungen und Verheungen Deutschnationaler keinen Erfolg haben. Wie die Heranziehung der Polizeiverbände zu den Vorbereitungen über das Polizeigesetz die Disziplin stören könnte, ist mir unersichtlich. In den Dienstbetrieb hat sich allerdings keine Beamtenorganisation einzumischen. Gefühle lassen sich aber nicht kommandieren. Die Schutzpolizei ist angezogen durch die deutschnationalen Flugblätter und durch Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“, in denen man ihr sagt, daß sie zu gering belohnt sei. Darauf verlangte sie eine andere Eingruppierung. Wir können es unter den heutigen Verhältnissen nicht verhindern, daß sich Polizeibeamte nach besseren Stellen im Privatdienst umsehen. Die Einrichtung der Zivilkommissare geht auf die Abmachungen mit den Gewerkschaften anlässlich des Kapp-Putsch zurück und hat überaus Wertvolles geleistet. Sobald einigermaßen normale Verhältnisse eintreten, werden sie in den normalen Beamtenapparat eingegliedert werden müssen. Nach einer Rede Kochs (Dem.) sagt

Reichsminister des Innern Dr. Köster:

Die Zivilkommissare der Schutzpolizei abzuschaffen, bin ich weder verpflichtet noch berechtigt. Ich kann der Landespolizei nicht Vorschriften machen, mit welchen Methoden sie Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten will. Das Reichspräsidentengesetz für die Schutzpolizei ist fertig. Die Technische Nothilfe ist eine Hilfskonstruktion, um Schäden dieser Uebergangszeit zu reparieren, sie soll nur bei einem wirklichen Notstand eingesetzt werden. Der war bei dem letzten Berliner Streik in hinreichendem Maße vorhanden. Wenn die Technische Nothilfe Streikbrecherarbeit verrichtet, haben wir immer einen dicken Strich dadurch gemacht. Was Notstandsarbeiten sind, ist schwer zu bestimmen, weil sich die Gewerkschaften mit der Technischen Nothilfe darüber noch nicht verständigt haben. Die Gewerkschaften sollten den Arbeitern die Dinge klar machen. Der Minister des Innern hat nach der Verordnung des Reichspräsidenten das Recht, die Nothilfe einzusetzen, wenn die Arbeiter es ablehnen, Notstandsarbeiten zu verrichten. Wie die Technische Nothilfe nichts mit einer Streikbrecherorganisation zu tun hat, so auch nicht mit dem Militär. Wir müssen die Gefahr vermeiden, daß die Technische Nothilfe ohne jede staatliche Einwirkung, ohne jede staatliche Lenkung und ohne parlamentarische Kontrolle ausgebaut wird zu einer Streikbrecherorganisation des Privatkapitals. Die Nothilfe wird dann ein Ende haben, wenn das Verantwortungsbeußtsein wieder in jedem Staatsbürger vorhanden ist. (Beifall.)

Hierauf folgte die an anderer Stelle wiedergegebene Erklärung der SPD-Fraktion.

Abg. Thomas (Komm.) hält eine Dauerrede. (Abg. Höllein bringt ihm neues Material hinzu. Rufe b. d. Soz.: „Höllein ist Technische Nothilfe!“ Hellet.)

Abg. Dr. Moles (U. Soz.) bestritt, daß durch den letzten Berliner Generalstreik in den Kronenanstalten lebensgefährliche Zustände hervorgerufen worden seien.

Abg. Dismann (U. Soz.) bezeichnet die Stellung der Sozialdemokraten zur Technischen Nothilfe als im Widerspruch zu der Haltung der Gewerkschaften stehend.

Die Anträge der Kommunisten auf Streichung aller Ausgaben für Polizei und Technische Nothilfe werden abgelehnt. Weitere Abstimmungen bleiben zweifelhaft und werden ausgesetzt. Der Rest des ordentlichen Etats wird danach bewilligt.

Bei den einmütigen Ausgaben fordert

Abg. Becker (Soz.) eine bessere Fürsorge für die Flüchtlinge aus Oberösterreich unter Hinzuziehung von Personen, die mit dem Volke in engerer Fühlung stehen. Das Rote Kreuz habe versagt und sei lediglich eine Anlaufstelle für Offiziere.

Minister Dr. Köster stellt fest, daß das Reich praktisch mit dieser Sache nichts zu tun hat.

Die Ausgaben werden bewilligt. Das Diätengesetz für die Abgeordneten (monatlich 5000 M.) wird angenommen.

Präsident Lötze:

In den nächsten Tagen wird die Konferenz von Genua stattfinden, die das große Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der Welt behandeln soll und an der zum erstenmal Vertreter der deutschen Republik als gleichberechtigte Berater teilnehmen werden. Ohne überschwengliche Hoffnungen zu hegen, wünschen wir der Konferenz von Genua guten Erfolg, aber niemand unter uns wird sich verheßen — ich darf das hervorheben im Hinblick auf die Konferenz, die vor einigen Tagen in diesem Hause stattgefunden hat —, daß das Ziel der wirtschaftlichen Einigung nicht erreicht werden kann, solange man um das Zentralproblem herumgeht (Beifall) und nicht auch zur Erörterung stellt die Erleichterung der ungeteuren Reparationslasten und die Revision des Versailles Friedens. (Lebh. Bravo!) Die Tage, die vor uns liegen, sollen allen Glücken unseres Volkes Gelegenheit geben zu ein paar Tagen der Erholung, aber diese Erholung wird beeinträchtigt durch die Sorge um die ständig wachsende Teuerung. Wir rufen den Staatsmännern zu, daß sie bei ihrer ernsthaften Arbeit sich beeilen mögen, damit die Verzweiflung der Völker uns nicht in neue Katastrophen führt. (Lebhafter Beifall.)

Nächste Sitzung nach Ermessen des Präsidenten, jedoch nicht nach dem 2. Mal. — Schluß 9 Uhr.

Das Geheimnis des „Stifts“.

In der Nordhäuser G.G.-Kautabakfabrik.

Der Kautabak oder, wie er im Sprachgebrauch gern genannt wird, der Priem oder Stift, gehört zu den ältesten Güssen der Menschheit. Die Nordhäuser Chronisten, die die Geschichte ihrer Priem- und Schnapsstadt schreiben, datieren die Erfindung des Kautabaks nicht viel nach der Erschaffung des Menschen und vor der Entdeckung des Alkohols. Die Bedeutung des Priems in der Gegenwart läßt sich auch von anderer Seite her erkennen. In der schönsten Gegend Nordhausens, nach dem Gehege zu, einem prächtigen hügeligen Waldpart, stehen eine ganze Reihe „Priem“-Wälder. Sie sind die Resultate jahrzehntelanger, gut rentierender Kautabakfabrikation. Das kann nachdenklich stimmen. Der ominöse Stift ist doch offiziell eine rein proletarische Angelegenheit.

Worauf es ankommt.

Die Herstellung des Kautabaks hat während des Krieges einige Wandlungen durchgemacht. Der Kleinbetrieb, der heimliche Nebenbetrieb, der nicht immer saubere Versuch- und Schmeißelbetrieb (er baute sich nicht selten auf „freiwillig“ zu ihm kommenden Abfällen und Ueberschüssen an Rohmaterialien und Zwischenfabrikaten der Kautabakfabriken auf) wurde durch eine eigenartige „Erfolg“wirtschaft im Großbetrieb ergänzt. In Nordhausen haben wir alten sozialdemokratischen Boden, es spiegelt sich auch darin wieder, daß hier schon vor Jahrzehnten die Tabakarbeiter eine Genossenschaft gründeten und eine eigene Kautabakfabrik einrichteten. Das Wagnis gelang. Heute ist diese Kautabakfabrik in Nordhausen ein gesundes Glied in den vielen Produktionsbetrieben der Großindustriellen Genossenschaft Deutscher Konsumvereine oder, wie man kurz sagt, der G.C.K. Kommt Du auf das Grundstück der Nordhäuser Kautabakfabrik der G.C.K., dann fallen Dir zuerst die Saubertel und die Leere des Hofes auf. Das ist verständlich, denn der „Stift“ verträgt weder als Fertigfabrikat noch als Rohprodukt irgendeine Lagerung im Freien. Seine richtige Herstellung und Pflege ist ja beinahe eine Art Kunst, die mit einigen Geheimnissen verpackt ist, so ähnlich wie die Herstellung wertvoller chemischer Fabrikate, deren Rezepte sich die Entente während des Krieges unter vielen Mühen beschafft hat. Das Charakteristikum des Nordhäuser G.C.K.-Betriebes ist die systematische Pflege und Durchbildung eines eigenen Kautabakrezeptes. Die Bewertung nur bester Materialien, von denen wohl mancher, der nicht „Stift“, der Auffassung ist, daß sie auf anderem Wege als durch das Studium des Kautabaks viel gründlicher ihrer natürlichen Bewertung zugeführt werden können, ist dafür ein Beweis. Jene Rezeptur werden das im besonderen denken, wenn sie die schönen Vorbilder echten Jamaika-Kunns sehen, die, vor Monaten und Jahren eingekauft, des Momentes harren, da sie, im Bewußtsein ihres hohen Wertes, in die Souce hineinwandern, die vom fertigen Stift mit Behagen aufgesogen wird.

Vom Blatt zum Strich.

Das Rohmaterial der Kautabakfabrikation, der Kautabak-Tabak, kommt aus dem hiesigen Zentrallager der G.C.K. in den riesenhafte „Zinn“-Kisten, die etwa 14 Zentner wiegen, sofort nach Eintreffen in den geräumigen Tabakeller. Hier liegen ganze Reihen von Fabriken, in ihrem Bau das Material für eine Jahresproduktion und mehr, hier harren sie der Dinge, die da kommen sollen. Mit dem Öffnen des Tabakessigs beginnt ein raffiniertes System der Behandlung dieses wertvollen Rohmaterials. Frauen streichen die zusammengepressten Blätter flach, damit sie ohne Falten liegen. Dann geht man dem Tabak mit scharfen Messern zu Leibe, er macht Reinigungs-, Weich- und Trocknungsprozesse durch, die ihm auf Minute, Temperatur und Feuchtigkeitmenge genau vorgeschrieben sind. In der Zwischenzeit ist in anderen Räumen in gewaltigen Kupferkesseln ein geheimnisvolles Gebräu zustande gekommen. Hier wird an der Hand des änoisch gehaltenen Fabrikgeheimnisses aus wässrig und mehr Gewürzen und anderen Zutaten der Saft gekocht, in dem sich der aufbereitete Rohtabak löst. Es duftet in dem Raum tatsächlich wie Tamarinde, Johannisbrot, Ambra und Weiseln. Die Entschneidung, nach was es nun eigentlich duftet, ist bei der Fülle der Angebildeten, die da verbräut werden, nicht ganz einfach. Vielleicht riecht es auch nach Olgzein und Rum. Profolische Menschen behaupten rücksichtslos, wie sie gegenüber der Poesie des Genusses nun mal austreten, das sei alles

ein Vertum, es stinke einfach. Sie haben aber nicht recht. Sobald sich das aufbereitete Rohmaterial und sein Badegewäss getroffen haben, beginnt für den Tabak zum zweitenmal ein komplizierter Weg, auf dem er allen möglichen Wandlungen und Verwandlungen unterworfen ist. Er steigt z. B. wieder in kupferne Kessel, aus denen die Luft herausgepumpt wird und vermählt sich erneut mit würzigem Saft; gewaltige gläserne Döhlensaugen ermöglichen dem neugierigen Menschen von außen zu beobachten, wie er sich dabei benimmt. Ehe der Kautabak aber diesen Prozeß durchmacht, hat er seine Gestalt grundlegend geändert. Aus Blätterbündeln ist er zu 3, 4, 5, 6, 7, ja 12 Millimeter starkem Tau geworden, er hat die Spinnerei passiert.

Gespinnnen und gewickelt.

Das Wort „Spinnerei“ erscheint dem Laien in Verbindung mit der Herstellung von Kautabak komisch. Es gilt aber nicht etwa nur im übertragenem Sinne. Wirklich und tatsächlich: der Kautabak wird gesponnen. Im Spinnstuhl drehen sich viele Spindeln. Von langen Fäden her, an denen paarweise ein Spinner und eine Hilfsarbeiterin mit flinken Händen sich beschäftigen, verwandeln sich die einzelnen Blätter des Tabaks in elastische Seile, die flott zu gewaltigen Rollen anschwellen. Die Seilbündel der verschiedenen Kautabaksorten wandern zuletzt in eine Abteilung, wo ihnen mit scharfen Messern der Garaus gemacht wird, sie zerfallen in kurze Stücke und kommen in die Hände der Wäcker. In einem Moment ist der „Stift“ hier zu einer lustigen kleinen gedrehten Wurft geworden, in großen Kästen rückt er in den Packraum. Hier sind es Mädchen, die ihn süßlich in Pergament einpacken und kartonnieren, banderolieren und fertig machen. Obenauf in den Kästen, sorgfältig verpackt wie ein Medizinfläschchen, liegt für den Großkonsumenten eine bestimmte Quantität der aus dem geheimnisvollen Hausrezept gebrauten Souce. Sie dient dazu, den Kautabak im Laden für den Kleinkauf frisch und würzig zu erhalten.

Es ist verständlich, daß die genossenschaftliche Eigenproduktion von Kautabak noch nicht den Markt beherrscht, obwohl sie dazu berechtigt wäre, da es die breiten Massen des Volkes sind, die ihn kaufen. Es wird zwar auch im Betrieb der Nordhäuser G.C.K.-Fabrik der sogenannte, nur nach wenigen Millimetern Durchmesser rechnende „Offiziersstift“ angefertigt, er kommt aber mit dem 12-Millimeter-Priem, der nach Bayern und in die Rhön geht, doch nicht mit. Die Kautabakproduktion des Nordhäuser G.C.K.-Betriebes steigt fortgesetzt. Es sind viele Hunderttausende an Stiften der verschiedensten Sorten, die allmonatlich von hier aus verschickt werden.

Zum Schluß ein guter Rat des Chronisten. Wenn Du sich die heimliche Sünde unserer Urbäter, die früher die Blätter deutscher Eichen und Buchen kauten oder rauchten, wegen erblicher Belastung in Dir nicht hast ertönen können, dann kiste nicht kapitalistisch, sondern genossenschaftlich.

Im Dienste des Kindes.

Dem Andenken des Kinderarztes Hugo Neumann.

Gestern waren 25 Jahre verfloßen, seit in Berlin D. auf dem Grundstück Blumenstr. 97 Dr. Neumanns „Kinderhaus“, eine Stätte hygienischer und sozialer Fürsorge für Kinder, eröffnet wurde. Als Privatmann schuf Neumann ungenügend unter hergabe seiner Mittel dieses Haus, von dem eine Fülle des Segens für arme Kinder und für ihre beglückten Mütter ausgegangen ist. Neumanns Wunsch war, dem fränkischen Kinde des Kinderheimstätten eine von der Geburt bis zur Schulentlassung reichende Fürsorge zuteil werden zu lassen, und diesen Gedanken hat er nach Kräften zu verwirklichen sich bemüht. Sein „Kinderhaus“ diente nicht nur der Krankheitsbehandlung, sondern mehr noch der Krankheitsverhütung. Um diese zu ermöglichen, wurde auch wirtschaftliche Hilfe gewährt, deren Notwendigkeit Neumann von vornherein erkannte. Ein großes Verdienst hat dieser wahre Menschenfreund sich um die unehelichen Mütter und ihre schulpflichtigen Kinder erworben, indem er in seinem Hause eine Unterkunftsstätte für hilfsbedürftige Wöchnerinnen schuf. Die erste Säuglingsfürsorgestelle, die in Berlin eingerichtet wurde, fand ihr Heim

in Neumanns „Kinderhaus“. Zur Ausbildung von Säuglingsfürsorgerinnen, von Krankenpflegerinnen für Kinder, auch zur Ueberweisung von Müttern in der Säuglings- und Kleinkinderpflege richtete er Kurse in seinem „Kinderhaus“ ein. Mit unermüdlichem Eifer warb er dafür, daß Mütter ihre Säuglinge selber füttern und ihnen in der Muttermilch das wirksamste Mittel gegen Erkrankung und Schwächwerden darreichen. Seine Poliklinik für innere Krankheiten, für Augen-, Ohren-, Nasen- und Halsleiden, für Infektions- und Hautkrankheiten, für Chirurgie, für Sprachstörungen bei Taubstinken von Kindern Hilfe und Heilung gebracht. Im Kur- und Krankenhaus suchte er schwächliche Kinder zu kräftigen, damit sie widerstandsfähiger gegenüber den Gesundheitsgefahren wurden, denen das Großstadtkind ausgesetzt ist.

Als Dr. Hugo Neumann im Jahre 1912 starb, hinterließ er sein „Kinderhaus“ als Stiftung für arme und fränkliche Kinder seiner Freunde und Schüler, die es seitdem in seinem Geiste weitergeführt haben. Gestern haben sie im Bürgerloos des Rathauses sich vereinigt zu einer Gedenkfeier, die so feilsch und anpruchlos war, wie er selber es stets gewesen ist. Berthold Neumann als Vorsitzender des Vereins Dr. H. Neumanns „Kinderhaus“, Frau Clara Birnbaum als Leiterin der „Kinderhaus“-Verwaltung, Schulrat Dr. Buchenau als Pädagoge, Stadträtin Wehl als Leiterin des Berliner Jugendamtes und andere Berliner zeichnen das Bild des Verstorbenen, den Tausende von Müttern in dankbarer Erinnerung bewahren.

Belgische Margarine.

Wieder ein Schwindel mit falschen Einfuhrscheinen.

Ein Riesenschwindel, durch den eine französisch-belgische Firma um ca. 2 Millionen Mark geschädigt worden war, liegt einem umfangreichen Strafprozeß zugrunde, welcher vor dem Schwurgericht des Landgerichts III stattfand. Angeklagt wegen Betruges und öffentlicher Urkundenfälschung waren der Kaufmann Emil Clemens, der Reklamenaquisteur Georg Reinhardt und der Rechtsanwalt Dr. Julius Pächter.

Es handelte sich um die Beschaffung von Einfuhrscheinen für 150 Tonnen Margarine im Werte von 3 Millionen Mark. Der Amerikaner Ferrier, der diese Scheine haben wollte, war der Vertreter der Firma Besdains in Belgien. Reinhardt erbot sich, die Scheine „auf Grund seiner Beziehungen zum Reichsschatzministerium“ auf gesetzlichem Wege zu beschaffen. Nach den Vereinbarungen sollte Reinhardt 80 000 M. erhalten. Für die schriftliche Niederlegung der erforderlichen Abmachungen wurde Rechtsanwalt Dr. Pächter ausgerufen. Zur Beschaffung der Scheine wandte sich Reinhardt an Clemens. Zwischen beiden soll besprochen sein, daß man bei der Affäre viel Geld verdienen könne. Clemens ließ sich zunächst einen falschen Stempel des Reichsvermerkungsamtes anfertigen, beschaffte sich Vorzüge für Freigabe, füllte sie aus und stempelte sie. Da Ferrier die Einfuhrbewilligung für echt hielt, zahlte er die erste Rate mit 40 000 M. aus und im Bureau des Pächter kam das verlangte Schriftstück über die Abmachungen zustande. Pächter erhielt 40 000 M. zu treuen Händen von Ferrier. Die Ware wurde schließlich an der Grenze beschlagnahmt. Inzwischen hatte Pächter von den 40 000 M. schon 30 000 M. an Reinhardt ausgezahlt, während dieser nach den Vereinbarungen nur auf vorläufige Erhebung von 5000 M. ein Anrecht hatte. Nach der Anklage soll der Schaden des Besdains 35 000 M. betragen. Pächter hat aus eigenem Antrieb dem Besdains mehrere tausend Mark vergütet. Clemens ist im allgemeinen geständig, Reinhardt machte allerlei Winkelzüge. Dr. Pächter wies alle Annahmen der Anklage, als ob er mit den beiden Angeklagten unter einer Decke gesteckt habe, mit der größten Entschiedenheit zurück. Die Vergütung des Besdains aus eigenen Mitteln, erkläre sich daraus, daß er einseh, als Treuhänder einen Fehler gemacht zu haben, indem er, dem Gewissenshaften Reinhardt nachgebend, diesem vor der Zeit die über 5000 M. hinausgehende Summe ausgezahlt habe. Uebrigens sei dem Besdains ein Vermögensverlust überhaupt nicht erwachsen, da die in Betracht kommenden Beträge aus einem sogenannten Fonds perdu eines belgischen Margarinekonzerns stammten und Propagandamittel darstellten.

Beschlagnahmter Jucker. Gestern nachmittag wurden auf dem Schlesischen Bahnhof durch die Abteilung W des Polizeipräsidenten 5 1/2 Zentner Jucker beschlagnahmt, die allem Anschein von einer Frau Wilhelmine G. aus Frankfurt a. O. Ober verschoben werden sollten. Der Jucker wurde auf der Bahnhofsstraße fahrgestellt und später von der Abteilung W abgeholt.

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Vojet.

Wangen war so blaß und abgemagert. Sein Hals unter dem Kragen war so dünn geworden, und sein Hinterkopf so groß. Der Rücken war ganz merklich gebeugt. Der Aermste! Wenn er jetzt wenigstens gestehen wollte!

Nie hätte es Frau Thora von Vidarande einfallen können, an ihrer Auffassung von Wangens Schuld zu zweifeln, während sie jetzt hier saß und ihn bedauerte. Diese ihre Ueberzeugung hatte von Anfang an eine Reihe schöner, menschlicher Gedanken in ihr erweckt, darum dachte sie nie darüber nach, wie sie eigentlich zu dieser Ueberzeugung gekommen war. Diese Anschauung hatte sie dazu gebracht, ein Opfer bringen zu wollen, zum Beispiel eines von Wangens Kindern zu sich zu nehmen, und eine Anschauung, der man Opfer bringt, wird einem nicht nur zur Gewißheit, sondern sie wird einem auch ganz persönlich lieb, ein moralischer Wert.

„Armer Wangen,“ dachte sie. „Gott weiß, ob all das nicht zu guter Lebt ein schlechtes Erbe vom Vater her ist. Aber darauf nehmen die menschlichen Gerichte keine Rücksicht. Die sind unbarbarisch.“ Und in ihrem Innern erstand eine neue Gesellschaftsordnung mit einem anderen Gerichtswesen.

Als erster Zeuge in der Angelegenheit wurde Knut Norby aufgerufen.

Jetzt war der Augenblick gekommen, vor dem ihm einst so gegraut hatte. Jetzt sollte er hinein und ausagen, daß er für Wangen die Bürgschaft nicht unterschrieben habe.

Aber als er den Gang entlang schritt, war er in der Erregung eines Spielers, der gute Karten in der Hand hat und ungeduldig ist, ans Ausspiel zu kommen.

Er war ganz beschäftigt von dem Gedanken, um alles in der Welt nur nichts zu vergessen. Als er die Türklinte ansah, hörte er eine ferne Stimme: „Kehr' um! Noch ist es Zeit!“ Aber die Stimme war allzu weit. — „Hast du etwa die Witwe geschädigt?“ sagte eine andere Stimme, und das rief in ihm den Wunsch hervor, Wangen eins draufzugeben. Beim Eintreten hob er die Schultern etwas, wie es seine Art war, wenn er dieser Augen auf sich gerichtet wußte. Der erste, auf den sein Blick fiel, war Wangen auf der Anklagebank, und als ihre Augen sich einen Moment begegneten, wuchs in dem Alten

eine dumpfe Wut auf. Er erinnerte sich all des Schlechten, das Wangen ihm nachgesagt hatte. „Wart' du nur,“ dachte er.

Auf dem Wege zur Schranke sah er sich die Pastorin und Frau Thora zunicke, und das ermunterte ihn sehr. Als er bemerkte, daß nicht der Amtsrichter selber, sondern nur sein Assessor das Verhör leitete, fühlte er sich gekränkt. Den konnte der Amtsrichter zu unbedeutenden Sachen schicken. Aber heute galt es Knut Norby.

Und als der junge Mann mit dem Kneifer und dem schwach leimenden Bart ihn ermahnte, die Wahrheit zu sagen, hätte der Alte bald gelacht.

Der Dreitausend wollte Amtsrichter spielen! Er hatte gehört, daß am letzten Samstag abend derselbe junge Herr betrunken war, daß er nicht mehr auf den Beinen stehen konnte, beim Advokaten Basting!

Aber da sah ja auch der Basting, dieser Armenhändler, und machte ein Gesicht wie ein dreimal Weiser! War er schon heute herorgekommen, um Wangen zu helfen? Der Narr! Na, vor dem Gerichtshof mußte man freilich Respekt bekommen.

Das Verhör begann. Es wurde Norby so leicht, zu antworten, gerade weil dieser Basting da wie auf der Lauer lag. Ja, auf der Lauer hatte er auch damals gelegen, als er versucht hatte, Norby aus dem Bankdirektorium herauszubringen und sich selber hineinzuschieben. Dieser Wicht, der wegen der Armensteuer gepöndelt wurde und froh war, wenn man ihm eine Rechnung über zwei Kronen einzuziehen gab. Der wollte sich Knut Norby gegenüber auf die Lauer legen! — Ob der vielleicht dem Einarr...

„Herr Wangen behauptet, sich deutlich des Ortes erinnern zu können, an dem die Unterschrift vor sich ging,“ sagte der Assessor.

„So, dann kann ich vielleicht auch erfahren, wo das war?“ sagte Norby treuherzig.

Der Assessor wandte sich an Wangen. „War es nicht im Grand Café?“

Wangen stand auf. Und seine Augen strahlten ebenso warm jetzt, als er sagte, es wäre im Grand gewesen, wie vorhin, als er seine Unschuld beteuerte.

Für Norby war dieser Anflug von Komik willkommen und er antwortete mit voller Ueberzeugung: „Das Schriftstück habe ich nicht unterschrieben.“

Bei diesen Worten hörte er Wangen spöttisch aufklappen, und das machte den Alten vor Zorn innerlich kochen. „Ich will dir schon was zu lachen geben,“ dachte er. „Wart' nur!“

Aber da geschah etwas Norby ganz Unerwartetes. Der Assessor zog ein Papier hervor und reichte es ihm. „Hier ist das Schriftstück,“ sagte er. — „Und da steht Ihr Name. Bitte, sehen Sie nach, ob er aussieht wie Ihre Schrift. Sie können ja vielleicht die Geschichte vergessen haben?“

Ein Moment blickte Norby auf den Namen, den er selbst geschrieben hatte. Er wirkte wie ein Gespenst. Er wollte ihn nicht sehen. Er blickte zum Advokat Basting, der auf ihn hinstarrte, und das machte ihn vollends rasend, er warf das Papier auf den Tisch und sagte: „Ich brauche es nicht erst anzusehen! Ich weiß, was ich getan habe!“

Aber nun hat Basting um Erlaubnis, eine Frage stellen zu dürfen, stand auf und trat näher an die Schranke —: „Hat Herr Wangen Sie auch nie gebeten, für ihn zu bürgen?“

Zuerst betrachtete Norby die fette, kahlköpfige Person Basting's ein wenig. Er hätte beinahe gelacht oder eine höfliche Antwort gegeben. Aber eine Stimme in ihm flüsterte: „Paß auf, daß du dich nicht verplapperst!“ Und so sagte er lächelnd: „Mich haben schon so viele gebeten, für sie zu bürgen. Aber ich kann mich doch nicht auf alle besinnen.“ Und als er wieder von Wangens Seite spöttisches Lachen hörte, ließ er sich hinreißen, noch hinzuzusetzen: „Uebrigens hat er mich selber darum gebeten. Denn er lief ja umher und versuchte zuletzt Gott und die Welt dazu zu bekommen.“

Jetzt, wußte er, lachte Marit.

Als er nach einer Weile fertig war, fiel ihm die Erklärung der Witwe Haarstads ein, und er bat, wieder gerufen zu werden, wenn Sören Kvikne ausgesagt habe.

Draußen blieb er erst ein wenig auf der Treppe stehen und küßte sich ab, ehe er seine Mütze aufsetzte. Von weit her rief ihm eine Stimme zu: „Du hast gelogen!“ Aber sie war allzu weit fort, und in ihm erhoben sich mächtige Stimmen dagegen. — Hatte er etwa die Witwe geschädigt?

Wangens Lachen klang ihm immer in den Ohren, und er mußte wieder denken: „Wart' nur; dir will ich noch etwas zum Lachen geben!“ Seinen besten Trumpp hatte er noch in der Hand.

„Das ist auch zu toll,“ dachte er, während er über den Hof schlenderte — „daß man mit solchem Pack zu tun hat. Man muß sich ja winden und drehen, um davon freizukommen. Aber der Mann soll jetzt auch, Gott verdamme mich, aus der Gemeinde heraus.“ Doch plötzlich blieb der Alte stehen. Da kam ihm ein junger Mann im Ueberzieher und Pelzmütze entgegen. Irrte er sich? Nein. Es war Einar. (Fortsetzung folgt.)

Der Sittenprediger als Verführer.

Wenn die Schupo ein Auge zudrückt.

Ein Großstadtsittenbild von leider nicht ungewöhnlicher Art wurde in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte aufgerollt. Wegen Betruges war der Polizeiuwachtmeister Georg Müller angeklagt.

Bekanntlich genießt die sog. Passage zwischen den Linden und der Friedrichstraße seit Jahrzehnten den zweifelhaften Ruf, den Sammelpunkt für die jugendliche Wüßigkeit zweifelhaften Charakters zu bilden. Eines Tages im Mai v. J. beobachtete ein Fabrikbesitzer S., wie die 15jährige Frieda H. von einer Halbwelt-dame angesprochen wurde. Mit erheblichem Aufwand moralischer Entrüstung trat der Zeuge dazwischen und verhinderte die geplante „Verführung“, was aber die weitere Tatsache nicht aus der Welt schaffte, daß er eine halbe Stunde später in der Gesellschaft der H. aus dem Zimmer eines Hotels in der Laubensstraße von dem jetzigen Angeklagten Müller herausgeholt wurde. Der Angeklagte nahm jedoch von einer Sistierung der Beiden Abstand, da sie behaupteten, keine strafbare Handlung begangen zu haben. Einige Tage später trat der Fabrikbesitzer S. mit dem Angeklagten und einem anderen Sipobeamten zusammen und unternahm mit ihnen eine Weinreise, bei der Jochen bis zu 2000—3000 M. gemacht wurden. Wieder einige Tage später erhielt S. von dem Angeklagten einen Brief, in dem er um ein Darlehen von 1000 M. ersucht wurde. Da sich S. in einer nicht sehr angenehmen Lage den beiden Polizeibeamten gegenüber befand, gab er diese Summe her. — Durch eine unermutet vorgenommene Spindennrevision bei der Sipo wurde der Entwurf zu diesem Brief gefunden, und die weiteren Ermittlungen hatten die jetzige Anklage zur Folge. Das Schöffengericht brachte in seinen Urteilsgründen zum Ausdruck, daß der Angeklagte durch sein ganzes Verhalten die leider schon so viel zu Unrecht befehdelte Sicherheitspolizei außerordentlich bloßgestellt habe, indem er mit einem Manne, mit dem er nur dienstlich bekannt geworden war, und zwar in einer zweifellos unfaulderen Angelegenheit, nicht nur Weinziehen machte, sondern noch Geldbeträge von ihm erschwindelte. Wegen das auf 3 Monate Gefängnis lautende Urteil legte Rechts-anwalt Dr. Erich Treitel Berufung ein und bat um Gewährung der bedingten Begnadigung. Das Gericht fehlte eine Bewäh-rungsfrist von 3 Jahren fest, nach deren Ablauf bei tadel-loser Führung dem Angeklagten die Strafe erlassen wird.

Ein Opfer des Alkohols.

Im Hause Kaiserin-Augusta-Str. 74 in Tempelhof war am Freitag der Straßenbahnkassierer Emil Teichle mit Kopfverletzungen tot aufgefunden. Der Leichenfund scheint sich bereits restlos anzuklären. Da der Befund zunächst auf ein Verbrechen schließen ließ, begab sich ein Kommissar vom Nordbereitschaftsdienst, der Gerichts-arzt Prof. Dr. Kriewel und der Erlennungsdiener an den Fundort. Die Aufnahme des Totbestandes ergab jedoch, daß Teichle allem Anschein nach ein Opfer des Alkohols geworden ist. Der Mann, der früher schon öfters über den Durst trank, war am 6. d. M. entlassen worden. Er ging in eine Wirtschaft, und als er diese verließ, war er fast angetrunken. Wahrscheinlich ist er dann in seiner Wohnung infolge des Alkoholgenußes zusammengebrochen und tot liegen geblieben. Der Gerichtsarzt stellte fest, daß die Verletzungen an der Stirn und am Auge nicht tödlich sind und wohl von einem Sturz herrühren können. Zur genauen Feststellung der Todesursache wurde die Leiche, nachdem sie photographiert worden war, beiseitegenommen und zur Obduktion nach dem Schauhaufe gebracht.

Die Beherbergungssteuer.

Ein Stadtverordnetenausschuss hat die neue Beherbergungssteuerordnung unter Forderung der Magistratsvorlage in dritter Lesung angenommen. Es wurden folgende Sätze beschlossen: bei einem täglichen Entgelt bis 250 M. für die Person 15 Proz., von mehr als 250—350 M. 20 Proz., von mehr als 350 bis 500 M. 30 Proz., und von mehr als 500—800 M. und darüber 40 Proz. Höhere Sätze wurden nach einer ministeriellen Verfügung nicht genehmigt. Steuerfrei bleibt das Entgelt für ein Zimmer und die Person bei einem Entgelt bis 15 M. Eine Differenzierung zwischen Hotels, Gastwirtschaften, Pensionen, Privathäusern, Beherbergungsstellen findet nicht statt. Diese neue Steuerordnung soll zwei Wochen nach Veröffentlichung in Kraft treten.

Keine Freitoiletten auf den Bahnhöfen mehr.

Eine peinliche Neuerung für viele unbemittelte Reisende ist jetzt auf den Berliner Bahnhöfen eingeführt worden. Die Pächter der Bahnhofstoiletten haben es abgelehnt, Freitoiletten zur Verfügung zu stellen. Von gestern an haben die Freitoiletten ihr Ende erreicht und nur noch durch Zahlung von 50 Pf. ist die Benutzung der Aborte gestattet.

In der brennenden Wohnung erschläft. Bewohner des Hauses Hagenheide 11, die gestern bemerkten, daß aus einer Wohnung im vierten Stock starker Rauch herausdrang, alarmierten die Feuerwehr. Als die Sappeure die Korridore zertrümmert hatten, schlugen ihnen sofort die hellen Flammen entgegen. Nachdem der Brand gelöscht worden war, fand man den Wohnungsinhaber, den 78 Jahre alten Betriebsingenieur Philipp Spannen Müller, tot am Fußboden liegend auf. Wie sich herausstellte, hatte Pf. hinter dem Ofen Pfeifstängel aufgestapelt, die infolge der sich entwickelnden Hitze in Brand geraten waren. Die sich entwickelnden Gase haben dann Pf. betäubt und schließlich getötet.

Mordtaten einer Strohkrautüberbande. Gestern nachmittag wurde auf dem Bahnhof Wolfshain der Kassenbote der Vereinigten Laulicher Glaswerke, Oesterreich, der in Begleitung eines Ingenieurs eben mit dem Zuge aus Weiskammer angekommen war und eine nur 500 Meter entfernte lebende Botschaft besorgen wollte, um Lohngeleider nach der Hütte in Sicherheit zu bringen, von vier Räubern überfallen. Die Verbrecher streckten den Kassenboten durch Revolverschläge nieder, entrieffen ihm die Geldtasche und schleppten in eine Schornung. Wolfshain ist ein belebter Bahnhof und die Räuber wurden sofort energisch verfolgt. Dabei wurde der Hilfsförster Moser, Vater von vier Kindern, von den Räubern erschossen. Der eine der Verbrecher wurde angefaßt und machte sodann seinem Leben durch Kopfschuß selbst ein Ende; zwei weitere wurden gefangen, der vierte ist entkommen. Der Kassenbote Oesterreich ist noch am Donnerstagabend seinen schweren Verletzungen erlegen.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend Geschäft schleppend, Fische reichlicher, Geschäft reger. Obst und Gemüse schwach, Geschäft still.

Am Freitag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Schweinefleisch 33—42 M. Rindfleisch 25—34 M., ohne Knochen 25—37 M. Kalbfleisch 24—35,50 M. Hammelfleisch 27—34 M. Rückenfell 4,50 M. Schmalz 50 M. Rouladen 38 M. Schellfisch 7—10 M. Seelachs 8,50 M. Kabeljau 8—10 M. Dorsch 5—7 M. In Eis: Schleie 26—28 M. Hechte 21—23 M. Aale 25—40 M. Lebende Barsche 19—20 M. Karpfen 25—33 M. Bleie 14—16 M. Naturbutter 65—73 M. Margarine 30 bis 40 M. Schweineschmalz 40—50 M. Eier 3,75—4,20 M. Reis 8—12 M. Eierwurst 10 M. Hafersgrütze 8 M. Weizengröß 11 M. Graupen 9 bis 10 M. Kaffee 90—110 M. Weizengröß 6—7 M. Weiskohl 5,50—6,50 M. Rosenkohl 11—12 M. Blumenkohl 15—24 M. der Kopf. Rotkohl 7,50 bis 11 M. Grünkohl 3—3,50 M. Spinat 4—7 M. Zwiebeln 7,50 M. Zitronen 1—2 M. Wilde Kirschen 40—45 M. das Stück. Pflaumen 48 bis 50 M. das Pfund. Nüsse 35—48 M. Äpfel 24—30 M. Äpfel 44 bis 46 M. Tauben 45—48 M. zwei Stück.

Gährung und Klärung im Beamtenbund.

Streikdebatten am zweiten Verhandlungstag.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen spitzte sich die Debatte über die Frage des Streikrechts der Beamten immer schärfer zu. Weiter vom Reichsverband der Kommunalbeamten verlangte, daß der Bundestag eine Klärung der Ansichten innerhalb der Beamenschaft bringe. Es habe keinen Zweck, die tiefen Risse im Beamtenbund künstlich zu verkleinern. Die Schaulustigkeit des Deutschen Beamtenbundes müsse einem fest umrissenen Programm weichen. Bedauerlich sei, daß einige Fachgewerkschaften, wie die Eisenbahner, mit vorgefaßten Ansichten zu den Verhandlungen kämen. In der letzten Bundesversammlung hätten sich die süddeutschen Beamten vor allem für die Unterbeamten eingesetzt und die Befolgsordnung für unannehmbar erklärt.

Dieser Beschluß sei von der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten niedergestimmt worden. Das Ziel sei wohl das gleiche, aber die Wege gingen weit auseinander. Redner erhebt Vorwürfe gegen die Regierung und die Parteien im Parlament, die jede Beamtenforderung unter dem Gesichtswinkel betrachten: Was kostet es? Gegen den Vorwurf, die Beamenschaft habe die Eisenbahner im Stich gelassen, erklärte der Redner: Die Solidarität hört da auf, wo der Terror anfängt! (Lärm bei der Opposition.) Wenn wir uns nicht verstehen können, wollen wir uns lieber trennen!

Abgeordneter Vogel von der Reichspostgewerkschaft bezeichnete Flügel's programmatische Erklärungen als eine Ausweichrede. Wenn sich der Bundesvorstand im Streit hinter die Eisenbahner gestellt hätte, wäre das ganze Unglück erheblich abgemildert worden.

Benke als Vertreter der Reichsjustizbeamten trat lebhaft für das Streikrecht der Beamten

ein. Die Verfassung habe den Beamten das Koalitionsrecht gegeben und die Beamenschaft dürfe sich von diesem Rechte nichts rauben lassen.

Bundesvorsitzender Flügel: Ich lehne den Vorschlag nach wie vor ab. Er ist mit der Stellung der Beamten unvereinbar. (Zuruf: „Sie kennen den Hunzer nicht!“) Nur im Kampf um seine Existenz darf der Beamte von diesem letzten gewerkschaftlichen Mittel Gebrauch machen.

Nach kurzen Ausführungen Händlers vom Bund der technischen Angestellten und Beamten, der sich für das Streikrecht der Beamten einsetzte und die Schaffung einer

Einheitsfront der Beamten, Angestellten und Arbeiter

als das erstrebenswerte Ziel bezeichnete, ergriff

Benke das Wort: Wir hatten erwartet, daß der Kampf der Eisenbahner hier in den Vordergrund der Beratungen gestellt werden würde, und wollen sehen, was denn nun das Ergebnis der Aussprache sein wird. Der Streik der Reichsgewerkschaft war eine Naturgewalt, die

die Beamenschaft bis in ihrem tiefsten Kern aufgerüttelt

hat und deren Auswirkung jetzt zur Entscheidung gebracht werden muß. Es gibt Befolgsgruppen, die nie einen Existenzkampf führen werden. Der Druck auf die wirtschaftlich Schwachen wird immer stärker. Wir Beamten sind doch alle nur Arbeitnehmer gegenüber einem Arbeitgeber. Wenn es eine Einigkeit im Deutschen Beamtenbund, in der Arbeitnehmerfront gibt, dann

nur auf der Grundlage der Sozialität.

Man muß eine Klärung darüber schaffen, ob der Deutsche Beamtenbund in seiner Gesamtheit reif dafür ist, gegenüber den notleidenden Beamten unter allen Umständen Solidarität zu beweisen. (Reißender Beifall.) Wir hatten auch von den höheren Befolgsgruppen Solidarität erwartet. Aber man hat in den höheren Gruppen anscheinend kein Verständnis für das Gefühl der breiten Massen. Dann aber sollen sich diese Beamten auch nicht mit uns an einen Tisch setzen und sagen, sie seien gewerkschaftler gleich uns. (Sehr richtig!) Darum muß es jetzt einen Trennungsschritt geben zwischen denen, die sich als Gewerkschaftler fühlen, und denen, die das nicht wollen. Eine Brücke zwischen diesen Richtungen gibt es nicht. Wir fordern jetzt Klarheit darüber, ob der Deutsche Beamtenbund, wenn es gilt, solidarisch für die unteren Befolgsgruppen kämpfen will. Das wichtigste Problem ist augenblicklich

die Frage der Gemahregesten.

Wollen Sie sich damit beschäftigen, wie wir den Gemahregesten wieder eine Existenzmöglichkeit verschaffen können? Wir müssen für diejenigen eintreten, die alles für uns aufs Spiel gesetzt haben. Aber schon hat man in den einzelnen Gruppen Beschlüsse gefaßt, aus dem Deutschen Beamtenbund auszutreten, weil eine Gruppe nun den Existenzkampf geführt hat, weil man mit den „Radikalen“, die ihre Beamtenwürde verletzt hätten, nichts zu tun haben will. (Beifall.) Aber es gibt

neben der Beamtenwürde auch eine Menschenwürde.

Wir können diese Gruppen nicht halten, wir haben sie vorzeitig satt gemacht, aber bevor sie gehen, sollen sie wenigstens in der Frage der Gemahregesten Solidarität beweisen. Redner fordert eine Pflichtumlage im Deutschen Beamtenbund für die Gemahregesten zu beschließen. Der Deutsche Beamtenbund war unser Führer im Frieden, im Krieg hat er uns verlassen. (Sehr richtig!) bei den Eisenbahnern und Postbeamten.) Konnte die Bundesleitung sich nicht für uns entscheiden, mußte sie ihren Klemmer zur Verfügung stellen. Der bisherige Bundesvorsitzende ist für uns unerträglich geworden. (Bewegung, Beifall bei den Eisenbahnern.) Sie haben die Wahl zwischen der Reichsgewerkschaft oder der Bundesleitung. Lassen Sie die Bundesleitung bestehen, so ist für uns der Deutsche Beamtenbund erledigt. (Große Bewegung und Unruhe.) Sie haben von dem Führer der Reichsgewerkschaft sicherlich diese Offenheit erwartet. Und ich sage Ihnen deshalb weiter: Da wir uns auf die Beamten nicht verlassen können, gehen wir bewußt an die Arbeiter heran, um die Einheitsfront zu schaffen. (Bewegung und Unruhe.) Wir wollen uns von den Gewerkschaften nicht ins Schlepptau nehmen lassen, sondern als selbständige Frontkämpfer neben ihnen stehen. In der Arbeiterfront hat man schon jetzt Gehren auf die Beamten gewartet. Heute und morgen muß in diesem Hause

die Entscheidung fallen

über das Schicksal der deutschen Beamenschaft. Wir wollen Subjekt der Wirtschaftsordnung sein und nicht in ihr untergehen. (Beifall bei den Eisenbahnern und Postbeamten.)

Stegmeyer, vom Verband der Gemeindebeamten: Rennes Rede war ein Ereignis. Man höre hier Töne, wie sie der deutschen Beamenschaft bisher unbekannt waren, und man mußte eine ungeheure Umgestaltung der Beamtenpsychik feststellen. Wenn es nicht zweifellos als Reflex der deutschen Beamenschaft; aber über seine Sendung kann man geteilter Meinung sein. Der Redner wandte sich gegen die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, die um eigener Vorteile willen bisher fast immer der gesamten Beamenschaft gegenüber die Solidarität gebrochen habe. Wenn es heute es fertig bekommen, die Reichsgewerkschaft zu spalten, und wolle dieses Experiment hier im großen wiederholen. Wenn es nicht anders, als die Diktatur, die man in der Mehrheit hier ablehnt. Anzweifeln waren Anträge eingelaufen, die forderten, daß nach den Erklärungen Rennes die anderen Beamtenkassen des Deutschen Beamtenbundes sofort ihre Stellungnahme

zur Frage des Streikrechtes

bekanntgeben sollten. Dieser Antrag wurde angenommen.

Der 1. Vorsitzende Flügel erklärte zu den Ausführungen Rennes, dieser habe keine Programmrede gehalten, sondern ein Aktionsprogramm, eine Art Schlachtplan entwickelt. Er sei Rennes dankbar dafür, daß er so klar gesprochen hat. Denn nun wisse man, woran man sei. Flügel ging noch einmal auf die Vorgesichte des Eisenbahnerstreiks ein. Es seien damals noch nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft gewesen. Ohne die Stellungnahme der Bundesleitung abzuwarten, habe die Reichsgewerkschaft das Ulti-

matum an die Regierung gerichtet. Inzwischen hatte die Regierung sich dem Beamtenbund gegenüber zur Verhandlung bereit erklärt. Ich selbst, so erklärte Flügel, fuhr mit dieser Nachricht zur Reichsgewerkschaft, wo man mich in einem Nebenzimmer abgesehrt hat. Ich habe die Vertreter der Reichsgewerkschaft fast heftig gebeten, die Beside zu betreten, die der Beamtenbund der Reichsgewerkschaft gebaut hat. Trotzdem hat die Reichsgewerkschaft mit 20 gegen 15 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen, den Streik zu verlängern. Wenn es von den Beamten-gewerkschaften Solidarität verlangt. Aber in jeder Organisation muß vor der Solidarität die Disziplin

stehen. Die Reichsgewerkschaft ist in den Streik getreten, ohne ihre Mitglieder durch Urabstimmung zu befragen. (Zuruf: „Das hätte 75 000 M. gekostet!“) Flügel: Also, weil eine Urabstimmung viel Geld gekostet hätte, hat man es gewagt, den ersten deutschen Beamtenstreik ohne Urabstimmung in Szene zu setzen. (Stürmisches Hört, hört! bei der Mehrheit. Zuruf: „Ihr wollt ja nur die Situation ausplündern!“) Die letzte Schuld an dem Streik liegt beim Verfallter Friedensvertrag. Aber es gäbe auch Mitschuldige, und dazu gehöre die Regierung, das Reichsfinanzministerium mit seiner schwankenden Befolgspolitik, mit der man jedesmal einen Teil der Beamten-schaft regelmäßig vor den Kopf gestoßen habe.

Nach der Mittagspause erklärte Thiene von der Reichsgewerkschaft zu den Ausführungen von Flügel, der Vorstand des Beamtenbundes habe der Reichsgewerkschaft ihr Vorgehen nicht unterfaßt, vielmehr gewürdigt und es den übrigen Beamtenorganisationen überlassen, die Reichsgewerkschaft zu unterstützen. (Hört, hört!) Die angeblich zugeflohenen Verhandlungen mit dem Reichsfinanz-ministerium seien in Wirklichkeit nur Besprechungen informatorischer Art gewesen. Hätte der Reichsfinanzminister damals tatsächlich Verhandlungen zugefaßt, dann wäre es

der Reichsgewerkschaft nicht eingefallen, zu streiken.

Redner wandte sich dann gegen die Art und Weise, wie die Ge-richte gegen die streikenden Eisenbahner vorgegangen seien.

Hierzu erklärte Flügel, daß das Reichsfinanzministerium die zugefaßten Verhandlungen aus einem besonderen Grunde nur als „Besprechungen“ bezeichnet habe. Die Regierung wolle nicht unter dem Druck eines Ultimatums Verhandlungen führen. Um einen Ausweg zu finden, habe man die in Aussicht genommenen Verhandlungen eben nur Besprechungen genannt. Zur Frage der Roh-regelungen erklärte Flügel noch: Wir empfinden die Verpflichtung, den Reichsfinanzminister gegen eventuelle Widerstände dahin zu unterstützen, daß er sein Wort einlösen kann. Hierauf wurden

Erklärungen der einzelnen Beamtengruppen

über die Stellungnahme ihrer Organisationen zu den programmatischen Erklärungen Flügel's abgegeben.

Für die Organisationen der Verwaltungsbeamten (mit Ausnahme der Gewerkschaft deutscher Verwaltungsbeamten, des Bundes technischer Beamter und des Justizbeamtenbundes) erklärte Rosen, daß die Verwaltungsbeamten auf dem Boden der von dem Bundesvorsitzenden entwickelten programmatischen Erklärungen ständen.

Für den Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands verlas Küster eine Erklärung des Vorsitzenden, Polizeimejors Bäcker, wonach die von Flügel aufgestellten Grundzüge als brauchbare Unterlage für ein Bundesprogramm des Deutschen Beamtenbundes anerkannt werden. Unbeschadet der Stellung des DBB. zum Beamtenstreik nimmt

die Polizei eine besondere Stellung

als Vollzugsorgan der verfassungsmäßigen Regierung im Poststaate ein. Für die Polizeibeamten kann das Mittel der Dienstverweigerung und der unmittelbaren und mittelbaren Unterstützung der Dienstverweigerung anderer Beamtengruppen nicht in Anspruch genommen werden.

Als Vertreter der Lehrerschaft (165 000 Mitglieder) erklärte Rektor Röhl, daß die Lehrer sich in allen Punkten auf den Boden der programmatischen Erklärung der Bundesleitung stellten.

Für die Gewerkschaft deutscher Verwaltungsbeamten, den Bund technischer Beamten und den Justizbeamten (50 000 Mitglieder) führte Benke aus: Die programmatischen Erklärungen des Bundesvorsitzenden sind für uns keine Grundlage für eine gewerkschaftliche Beamtenpolitik (Beifall und Widerspruch), weil wir einen Gegensatz zwischen Lohn- und Existenzstreik nicht anerkennen. Wir erklären uns für den von der Reichsgewerkschaft eingenommenen Standpunkt.

Für den Landesverband Sachsen (15 000 Mitglieder) erklärte derselbe Redner: Die programmatischen Erklärungen Flügel's finden an sich unsere Billigung. Da er aber gleichzeitig das Aktionsprogramm Rennes ablehnt, ist es uns unmöglich, uns

für oder gegen Flügel

zu erklären. (Schallende Heiterkeit.)

Für den Reichsverband der Kommunalbeamten Deutschlands, sowie für den Verband der Beamten und Angestellten der preussischen Provinzialverbände (177 000 Mitglieder) betonte Ehrmann, daß sein Verband bereits am ersten Verhandlungstage die Erklärungen Flügel's gebilligt habe.

Der Vertreter der Reichsgewerkschaft, Leuz, führte aus: Sei mit der Behauptung des Existenzstreiks auch der wirtschaftliche Existenzstreik gemeint, dann sei jede Differenzierung unnötig. Wir als beamtete Arbeitnehmer sind unseren Mitgliedern gegenüber verpflichtet, wenn es kein muß, auch das letzte Mittel des Streiks anzuwenden. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch unserem Arbeitgeber dasselbe Recht zugestehen wie den anderen Arbeitgebern. Das müssen wir unseren Mitgliedern lassen, damit sie nicht glauben, daß der Beamte ohne jedes Risiko streiken darf. Das ist die beste Garantie gegen unüberlegte Arbeitsniederlegung. Als ultima ratio aber müssen wir uns

das Streikrecht unter allen Umständen erhalten.

Wir verlangen die Herstellung einer gemeinsamen Front.

Für Baden, Hessen, Württemberg, Bayern, Thüringen und die beiden Mecklenburg erklärte Reibhardt-München: Wir stehen auf dem Programm des Bundesvorsitzenden, sowie auf dem Standpunkt, daß der Lohnstreik für die Beamenschaft entschieden abzulehnen ist.

Zur Neuwahl des Bundesvorsitzenden wurde Flügel vorgeschlagen, während die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten Klein-Münster vorschlug. Ehrmann begründete den Wahlvorsatz Flügel's dahin, daß der Bundesstreik nicht eine Entscheidung über eine Personenfrage zu lösen habe, sondern daß sich hier zwei Programme, zwei Weltanschauungen gegenüberständen. Die Abstimmung ergab dann die

Wiederwahl des bisherigen Bundesvorsitzenden

Flügel mit 278 Stimmen, während auf Klein-Münster 149 Stimmen entfielen. 20 Delegierte enthielten sich der Stimme.

Flügel erklärte, daß seine Wahl die Entscheidung war über die Politik, die fortan im Deutschen Beamtenbund getrieben werden soll und die sich gründet auf Kraft und Vernunft, die aber auch eine Ver-söhnung dessen bringen solle, was innerhalb des Deutschen Beamtenbundes verbottet werden müsse.

Nach mehr als anderthalbstündiger Pause wurde die Sitzung um 7 Uhr wieder eröffnet. Namens des Bayerischen Beamtenbundes gab dessen Vorsitzender Reibhardt-München die Erklärung ab, daß von seiten seiner Organisation im Anschluß an die Wahl Flügel's kein Antrag gestellt worden sei, und daß sein Verband einen solchen Antrag nicht beste.

Darauf beantragte der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft,

